



## Parlamentswahlen 2011 in Estland

TÖNIS SAARTS  
Mai 2011

- Ungeachtet der Wirtschaftskrise gingen aus den Parlamentswahlen vom 6. März 2011 die Regierungsparteien Estnische Reformpartei und Union Pro Patria und Res Publica (IRL) als Gewinner hervor. Anders als in anderen mittel- und osteuropäischen Ländern hatten populistische Kräfte keine Chancen.
- Mit 17,1 Prozent der Stimmen konnten die Sozialdemokraten ihre Mandate im Parlament verdoppeln. Ohne die Entwicklung ihrer Parteiorganisation werden sie es jedoch schwer haben, ihre Wähler an sich zu binden.
- Die estnische Regierung wird auf Stabilität und Beibehaltung des *status quo* setzen und große Reformen vermeiden. Schwerwiegende Probleme des Landes bleiben somit ungelöst.

Bei den letzten Parlamentswahlen am 6. März 2011 waren ungeachtet der Wirtschaftskrise die Regierungsparteien die Wahlgewinner. Populistische Kräfte hatten dagegen keine Chancen.

Die Wahlen in Estland passen somit nicht ins allgemeingültige mittel- und osteuropäische Muster, demnach neue Wahlen neue populistische Kräfte an die Macht bringen und Regierungsparteien vernichtend geschlagen werden.

Die Stabilisierung der politischen Lager und eine Professionalisierung der estnischen Parteipolitik waren somit für diese Wahlen charakteristisch.

Die vorliegende Kurzanalyse widmet sich den Wahlergebnissen und den Zukunftsaussichten sowohl in politischer als auch in gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Perspektive.

### Stabilität der politischen Lager

Die Wahlen haben sich in hohem Maße als ein Vertrauensvotum für die Regierungsparteien Reformpartei und die Union Pro Patria und Res Publica (IRL) erwiesen. Mit mehr als der Hälfte der Mandate und insgesamt 49 Prozent der Wählerstimmen errangen sie eine sichere Mehrheit. Die Wahlen brachten daher keine wesentlichen Änderungen mit sich: Die amtierende Koalition unter dem Premierminister Andrus Ansip (Reformpartei) kann in der neuen Legislaturperiode fortgesetzt werden.

Der Erfolg der Regierungskoalition lässt sich hauptsächlich darauf zurückführen, dass sich Estland, verglichen mit anderen europäischen Staaten, verhältnismäßig schnell von der Wirtschaftskrise erholt hat. In den letzten Monaten wies die Wirtschaft erste Anzeichen eines erneuten Wachstums auf (im IV. Quartal 2010 betrug das Wirtschaftswachstum +6,7 Prozent, was über dem europäischen Durchschnitt liegt). Zugleich sank auch die Arbeitslosigkeit auf 10 Prozent (Ende 2009 betrug die Arbeitslosigkeit beinahe 16 Prozent). Mit dem Jahr 2011 ist Estland der Eurozone beigetreten, was ebenfalls als klarer Erfolg der Regierungspolitik gewertet wird. Trotz der relativ großen Einsparungen bei den Sozialausgaben und in der Einkommensbasis lokaler Selbstverwaltungen konnte Estland eine ähnliche soziale Unzufriedenheit

wie in den Nachbarstaaten Lettland und Litauen vermeiden. Estland vermochte seinen Staatshaushalt während der Krisenjahre in hohem Maße in einer den Maastrichter Kriterien entsprechenden Balance zu halten, weshalb es im Bereich der Finanzpolitik auch nicht zu ernsthaften Rückschlägen (wie z. B. in Griechenland und Irland) kam.

Obwohl durchaus auch Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik herrschte, konnten die Oppositionsparteien weder in den Krisenjahren noch während des Wahlkampfes eine überzeugende Alternative zur Regierungspolitik anbieten. Die Opposition hatte sich in hohem Maße auf die Kritik konkreter Einzelschritte konzentriert, jedoch in den meisten Fällen ihrerseits keine konstruktiven Lösungen angeboten.

Das Ansehen und die Popularität der Zentrumspartei, eine der größten Oppositionsparteien, sind im Vergleich zum Wahljahr 2007 spürbar gesunken. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war die Positionierung der Zentrumspartei im Streit um das sowjetische Kriegerdenkmal im Frühjahr 2007. Die Zentrumspartei hatte sich auf die Seite der russischen Bevölkerung gestellt und sich gegen die Versetzung des Denkmals ausgesprochen. Dies hatte den Regierungsparteien die Möglichkeit verschafft, die Zentrumspartei als Verbündeten von Putins Russland und damit als Feind Estlands darzustellen. Ein Parteispenskandal ihres Vorsitzenden und Tallinner Oberbürgermeisters Edgar Savisaar hat das Image der Zentrumspartei als russisch orientierte Kraft weiter verstärkt.

Zusammengefasst ist der Wahlsieg der Regierungsparteien keine große Überraschung: Die Opposition versäumte es, eine attraktive Alternative zur Regierungspolitik zu entwickeln, und das Ansehen der einflussreichsten Oppositionspartei war ernsthaft beschädigt.

### Die Sozialdemokraten als größter Wahlgewinner

Mit 17,1 Prozent der Stimmen konnten die Sozialdemokraten ihre Mandate im Parlament verdoppeln und haben jetzt 19 Sitze im estnischen Parlament.

Die Gründe für einen solchen Erfolg beruhen auf verschiedenen Faktoren. Zu erwähnen seien das frische



Tabelle 1. Ergebnisse der Parlamentswahlen in Estland 2011

Partei	Stimmen in %	Sitze	Sitzveränderung, verglichen mit den Wahlen 2007
Estnische Reformpartei	28,6%	33	+2
Estnische Zentrumspartei	23,3%	26	-3
Union Pro Patria und Res Publica	20,5%	23	+4
Sozialdemokratische Partei	17,1%	19	+9
<b>Wahlhürde von 5%</b>			
Estnische Grüne	3,8%	0	-6
Estnische Volksunion	2,1%	0	-6
Russische Partei Estlands	0,9%	0	0
Andere Parteien	0,9%	0	0
Einzelkandidaten (insgesamt)	2,8%	0	0
<b>INSGESAMT</b>	<b>100%</b>	<b>101</b>	

Quelle: Republikanische Wahlkommission, URL: <http://www.vvk.ee/general-info>

Image des neuen Parteivorsitzenden Sven Mikser, der Misserfolg der anderen links gerichteten Oppositionsparteien, aber auch eine recht starke Wahlkampagne.

Die Sozialdemokraten, deren Kampagnenarbeit in früheren Jahren von geringer Professionalität gewesen war, sind diesmal mit einem recht gut koordinierten Wahlkampf aufgetreten und konnten so in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit erregen. Die Hauptlosung ihrer Kampagne lautete »Neuer Anfang«. Es wurde die Notwendigkeit von Veränderungen betont und auf die Gefahr hingewiesen, dass im Fall einer Beibehaltung der bisherigen Politik sowohl eine Stagnation als auch eine Rückentwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft zu erwarten seien. Das Wahlprogramm der Sozialdemokraten unterschied sich in seiner Gewichtung nicht sehr von dem der Sozialdemokraten »des alten Europa«. Es wurde hauptsächlich eine effizientere Tätigkeit des Staates bei der Bekämpfung der Folgen der Wirtschaftskrise durch verschiedene wirtschafts- und steuerpolitische Maßnahmen gefordert. Zum Beispiel wurden Unternehmern, die Langzeitarbeitslose einstellen, Steuervergünstigungen angeboten. Außerdem wurden die Rolle des Staates bei der Umschulung von Arbeitslosen betont und verschiedene Strategien zur Verminderung von Kinderarmut präsentiert. Es wurde ebenfalls die Einführung von Umsatzsteuerbegünstigungen für Lebensmittel unterstützt, um die negativen Auswirkungen des raschen Preisanstiegs

auf gering verdienende Bevölkerungsschichten zu lindern.

Weitere Schwerpunkte des Programms waren sowohl Umweltthemen als auch Fragen der Zivilgesellschaft und Demokratie.

Eine weitere Erklärung für das erfolgreiche Ergebnis der Sozialdemokraten lässt sich in den Imageproblemen der Zentrumspartei, der stärksten Oppositionspartei, finden, denn sie hat insbesondere Stimmen links orientierter, estnischsprachiger Wähler an die Sozialdemokraten verloren, weil ihre Kampagne eher durch Anschuldigungen als durch eigene neue und konstruktive Lösungsvorschläge geprägt war.

### Künftige Entwicklungen der estnischen Politiklandschaft

Die Zukunft der Zentrumspartei wird zur Schlüsselfrage künftiger politischer Entwicklungen werden. Seit 2007 tendiert die estnische Wählerschaft zunehmend dazu, sich in ihrem Stimmverhalten ethnisch zu orientieren – die überwältigende Mehrheit der Esten stimmt für die Reformpartei oder die IRL, während etwa 90 Prozent der russischen Bevölkerung die Zentrumspartei bevorzugt. Sollte sich die Zentrumspartei in eine Partei von über-

wiegend Russisch-Muttersprachlern verwandeln, wird sie dadurch leicht angreifbar und in der Rolle der Oppositionspartei gefangen sein. Wenn Estlands russischsprachige Bevölkerung jedoch erkennt, dass sie nicht einmal durch die Zentrumspartei Einfluss auf die estnische Politik gewinnen kann, wird dies ihre Entfremdung und Frustration zusätzlich verstärken. Langfristig kann sich diese ethnische Aufspaltung der Wählerschaft zu einem Sicherheitsrisiko für Estland entwickeln.

Es ist jedoch auch ein anderes Szenario vorstellbar. Sollte die Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren nicht merklich abnehmen und das Wirtschaftswachstum hinter den Erwartungen zurückbleiben, wird die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wachsen und die Regierungspartei vor ein schwerwiegendes Problem stellen. Diese Entwicklung würde den Oppositionsparteien zugutekommen. Momentan von der Zentrumspartei enttäuschte estnische Wähler könnten zur Partei zurückkehren, falls sie ein konstruktives und glaubhaftes alternatives Programm anbieten kann.

Ob die Sozialdemokraten ihre Wähler zu halten vermögen, ist noch fraglich. Die Wähler werden nicht aus weltanschaulichen Gründen, sondern vor allem aus Mangel an Alternativen für die SDE gestimmt haben. Da sozialwirtschaftliche Fragen nicht im Zentrum der estnischen Politik stehen, wird es für die SDE folglich schwer sein, ihre Wählergruppe an sich zu binden.

Der Schlüssel zum beständigen Erfolg der Sozialdemokraten liegt in der Entwicklung ihrer Parteiorganisation. Bisher verfügt die SDE lediglich in einzelnen Regionen des Landes über verhältnismäßig starke Zweigorganisationen. Bei den bevorstehenden Lokalwahlen (2013) wird es den Sozialdemokraten daher an ausreichend starken Bewerbern mangeln, um im ganzen Land Kandidaten für die lokalen Selbstverwaltungen aufzustellen. Ein schlechtes Ergebnis bei den Lokalwahlen wird das Vertrauen der Wähler in die Fähigkeit der SDE schmälern, sodass sie weiterhin nur viertstärkste Partei bleiben wird. Die Erfahrungen zeigen, dass eine Partei, die bei den Lokalwahlen ewig Dritter oder Vierter bleibt, in Estland keinen Premierminister stellen und die Parlamentswahlen auch niemals gewinnen wird.

Die Volksunion wird wahrscheinlich von der politischen Landschaft Estlands verschwinden und sich einer größeren Partei anschließen (z. B. der Zentrumspartei). Die

Grüne wird eher als selbstständige Partei in Form einer Bewegung fortbestehen. Nach einigen Wahlperioden kann sie unter der Bedingung neuer energischer Leitfiguren wieder ins Parlament gelangen.

### Stabilität statt gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Reformen

Der neue Koalitionsvertrag weist nicht darauf hin, dass in der nächsten Zeit große Umgestaltungen oder Reformen in der estnischen Politik vorgenommen werden.

Die wichtigste Veränderung wird im Bildungsbereich stattfinden. Die Hochschulbildung soll zunehmend durch Staatsgelder finanziert werden, wodurch sich Estland dem Modell der Nordischen Länder annähert. Es bleibt jedoch eine Mischfinanzierung bestehen. Auch zukünftig wird es Studienplätze geben, die durch die Studenten selbst finanziert werden müssen.

In der Steuerpolitik wird es zu keinen großen Änderungen kommen. Die Regierungunion wird lediglich eine Höchstgrenze für Sozialabgaben einführen. Die Einkommenssteuer von Einzelpersonen wird um 1 Prozent herabgesetzt, allerdings erst ab 2015. Steuerpolitische Änderungen werden während dieser Regierungsperiode wohl eher gering ausfallen.

In der Wirtschaftspolitik besteht die Hoffnung, mehr Aufmerksamkeit als bisher auf die Entwicklung einer wissenschaftlich gestützten Produktion zu richten. Besonders stark wird in die Entwicklung der elektronischen Dienstleistungen und Informationstechnologie investiert. Zwar werden detaillierte Programme dafür erst noch erarbeitet, jedoch ist bereits das Bewusstsein geschärft, dass Estland kein Zulieferland mit billigen Arbeitskräften bleiben darf.

In der Familienpolitik wird die sog. Elternteil-Rente eingeführt. Jene Rentner, die Kinder haben, werden demnach einen geringen Rentenzuschlag erhalten.

Bezüglich der Außenpolitik wurde erklärt, dass Estland nach wie vor an den Missionen der NATO teilnehmen wird. Insbesondere die Afghanistan-Mission wird von der Regierung als sehr wichtig erachtet, weshalb – solange sich die Verbündeten nicht zurückziehen – in nächster Zukunft keine estnischen Truppen abgezogen werden sollen.

Der Fokus der Integrationspolitik wird auf den Sprachunterricht gerichtet sein. An den russischen Gymnasien sollen Reformen durchgeführt werden, die die Einführung von estnischsprachigem Unterricht zum Ziel haben. Dies rief bei der russischen Bevölkerung zwar Widerstand hervor, der in seinen Ausmaßen jedoch nicht dem Widerstand in Lettland vor einigen Jahren entsprach. Im Allgemeinen ist festzustellen, dass die Integration von Nicht-Esten keine besonders hohe Priorität für die Regierungunion darstellt. Die Problematik wird allein als Sprachenfrage behandelt. Der Benachteiligung der Nicht-Esten auf dem estnischen Arbeitsmarkt sowie ihrer Einbeziehung ins Gesellschaftsleben und in die Politik wird hingegen wenig Beachtung geschenkt.

Einen wichtigen Schwerpunkt bildet die Entwicklung der Infrastruktur – möglicherweise kann man in einigen Jahren mit dem Schnellzug von Tallinn nach Warschau fahren.

Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird die Koalition ihr Hauptaugenmerk auf aktive Arbeitsmarktmaßnahmen, auf die Umschulung der Arbeitslosen und auf die Begünstigung des Unternehmertums setzen. Die Regierungunion scheint allerdings keine alternative Strategie bereitzuhalten, die im Falle einer verlangsamten Abnahme oder gar Stagnation der Arbeitslosigkeit (bei etwa 10 Prozent) angewendet werden müsste.

In Estland wird bereits seit mehreren Jahren diskutiert, die lokalen Selbstverwaltungen zu stärken und kleinere Selbstverwaltungen zu größeren Einheiten zusammen-

zuschließen. Die Probleme der geringen Verwaltungskapazitäten werden jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit weiterhin bestehen bleiben.

Offensichtlich bleiben mehrere schwerwiegende Probleme, denen sich die estnische Gesellschaft gegenüber sieht, in den nächsten Jahren ungelöst. Für Herausforderungen an die Sozialpolitik, wie den Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen, die großen regionalen Ungleichheiten und das zunehmende Armutsrisiko, wurde noch keine Herangehensweise entwickelt.

In Estland haben sehr wenige Debatten über die langfristige Perspektive des Staates stattgefunden. Damit sind beispielsweise weder Überlegungen zur Globalisierung der Weltwirtschaft noch zur demographischen Entwicklung Estlands in den Koalitionsvertrag eingeflossen. Da es zudem an Ansätzen fehlt, Zukunftsdebatten durch Denkfabriken und Expertengruppen zu fördern, wird sich daran vermutlich auch nichts ändern.

Ausgehend von den oben genannten Entwicklungen, wird Estland womöglich mit einer wenig ambitionierten Politik fortsetzen, die sich allein mit gegenwärtigen Problemen auseinandersetzt. Die Zeit großer Reformen scheint in Estland zunächst vorbei zu sein. Stattdessen beherrschen Stabilität und Beibehaltung des *status quo* die Politik. Offensichtlich muss die nächste Wahl abgewartet werden, bis eine gesellschaftliche Forderung nach einer einigermaßen visionären und ehrgeizigen Reformpolitik entsteht.



## Über den Autor

**Tõnis Saarts** ist Dozent der Politikwissenschaften am Institut für Politikwissenschaften der Universität Tallinn (Institute of Political Science and Governance at Tallinn University), Magister der Politikwissenschaften (Master of Art in Political Science).

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa  
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Dr. Ernst Hillebrand, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa  
Tel.: ++49-30-269-35-7726 | Fax: ++49-30-269-35-9250  
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen hier:  
[info.moe@fes.de](mailto:info.moe@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86872-716-6